



EWSA-Konferenz

Nachhaltigkeit fördern, Verantwortung zeigen! Die europäische Zivilgesellschaft auf dem Weg zu Rio+20
7./8. Februar 2012

Botschaft der Konferenz

Auf der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss am 7./8. Februar 2012 in Brüssel veranstalteten Konferenz zum Thema *Nachhaltigkeit fördern, Verantwortung zeigen! Die europäische Zivilgesellschaft auf dem Weg zur Rio+20* einigten wir, die wir Vertreter der europäischen organisierten Zivilgesellschaft sind, uns auf folgende Kernbotschaft. Wir:

1. fordern, dass sich **die führenden Politikern der ganzen Welt** auf der Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen **auf einen konkreten Aktionsplan** für nachhaltige Entwicklung und Beseitigung der Armut in Abstimmung auf die Kapazitätsgrenzen der Erde **festlegen**. Die Förderung einer grünen Wirtschaft muss Teil einer übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategie sein, in der soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte ausgewogen berücksichtigt sind und die gleichzeitig auf Verteilungs- und Generationengerechtigkeit abhebt;
2. betonen, dass die **Beseitigung der Armut und ein sicherer Zugang aller zu einer ausreichenden Versorgung mit Nahrung, sauberem Wasser und nachhaltiger Energie** als oberste Priorität der Rio+20-Agenda angesehen werden müssen. Die Förderung einer umweltverträglichen lokalen Landwirtschaft in Entwicklungsländern leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Armut und zur Ernährungssicherheit und unterstützt die Entwicklung wirtschaftlich florierender ländlicher Gebiete. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte muss sichergestellt werden;
3. rufen die politischen Entscheidungsträger auf, ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der **Millenniumsentwicklungsziele** nachzukommen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die erforderliche wirksame Finanzierung zu sichern. Vor allem sollten die Industrieländer dringend ihre Zusage erfüllen, mindestens 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden;
4. drängen die europäischen Verhandlungsführer, auf einen wesentlich höheren Stellenwert der **sozialen Dimension** der nachhaltigen Entwicklung hinzuwirken, als in dem Nullentwurf vorgesehen ist. Die sich immer weiter öffnende Sozial- und Wohlstandsschere innerhalb der einzelnen Länder und zwischen den Ländern behindert die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung und Verteilungsgerechtigkeit und macht dringliches Handeln erforderlich. Im Zuge eines gerechten Wandels müssen menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze sichergestellt werden. Wir rufen zur Ratifizierung und Anwendung der ILO-Kernarbeitsnormen auf und unterstützen vorbehaltlos die ILO-Initiative für den Aufbau einer sozialen Grundsicherung;

.../...

5. fordern die politischen Entscheidungsträger auf, sich in Rio auf einen **Fahrplan für eine grüne Wirtschaft** mit klaren Zielen und Kontrollmechanismen festzulegen, der eine wirtschaftlich effiziente, sozial gerechte und umweltverträgliche Umstellung auf eine nachhaltige Gesellschaft gewährleistet. Der Umstellungsprozess muss kontinuierlich von der Zivilgesellschaft begleitet werden und u.a. auf dem sozialen Dialog aufbauen;
6. drängen **die europäischen Länder und die anderen Industrieländer**, sich in Rio zu einer erheblichen **Senkung ihres Verbrauchs der begrenzten natürlichen Ressourcen der Erde** zu verpflichten. Wir halten die europäischen Entscheidungsträger dazu an, die vereinbarten EU-Ziele umzusetzen und Vorbereitungen zu treffen, um darüber hinauszugehen. Wir ermutigen die Schwellenländer, natürliche Ressourcen effizienter zu nutzen;
7. plädieren für wirksame Maßnahmen zum **Ausstieg aus unnachhaltigen Produktions- und Verbrauchsmustern** unter Rückgriff auf eine breite Palette von Konzepten wie regulatorische und fiskalische Instrumente, ein ökologisch und sozial verantwortliches Beschaffungswesen, die Abschaffung von umweltschädlichen Beihilfen, Forschung im Bereich Öko-Innovation, die Internalisierung von Umweltkosten sowie andere marktbasierende Anreize, und unter gleichzeitiger Förderung einer nachhaltigen Lebensweise und der aktiven Einbeziehung der Verbraucher in den Wandel. Wir setzen uns für die Annahme eines Zehnjahres-Arbeitsprogramms für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch in Rio ein;
8. begrüßen, dass in dem Nullentwurf die **Grenzen des BIP** als Indikator für Wohlergehen erkannt werden, und fordern die Einbindung der Zivilgesellschaft in die schleunige Entwicklung ergänzender Indikatoren;
9. **heißen** die Initiative **gut**, bis 2015 **globale Nachhaltigkeitsziele** aufzustellen, in deren Rahmen die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung auf ausgewogene Weise miteinander vereinbart werden. Wir plädieren dafür, dass in Rio ein alle Beteiligten einbeziehender Prozess eingeleitet wird, in dessen Rahmen die Millenniumsentwicklungsziele mit umfassenden globalen Nachhaltigkeitszielen verknüpft, eine Strategie verankert und Nachhaltigkeitsindikatoren mitsamt klaren Mechanismen der Verantwortlichkeit festgelegt werden;
10. dringen auf den Abschluss eines neuen Global Deal in Rio, um die **für die Schaffung einer grünen Wirtschaft notwendigen Investitionen** zu gewährleisten;
11. erkennen an, dass dem **Privatsektor** bei der Nachhaltigkeitswende eine wesentliche Rolle und **Verantwortung zukommt**, und betonen, dass grünes Wirtschaften als wirtschaftliche Chance zu begreifen ist. Unternehmen und Industrie sollten diese Chance nutzen, und die Politik sollte über **klare, stabile und vorhersagbare Rahmenbedingungen für grünes Wirtschaften** das Vertrauensklima, den Regelungsrahmen und Anreize für die erforderlichen Investitionen schaffen;
12. treten für die Errichtung eines neuen **Rats für nachhaltige Entwicklung** ein, der die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung ersetzen soll, sowie einer **neuen UN-Umweltagentur** auf der Grundlage des UNEP. Über diese beiden Gremien sollte die wirksame Einbindung der in den Hauptgruppen vertretenen Zivilgesellschaft sichergestellt werden;
13. begrüßen den Vorschlag, einen **Bürgerbeauftragten für die Belange künftiger Generationen** einzusetzen;
14. drängen die politischen Entscheidungsträger, auf der Rio+20-Konferenz zusätzliche **Maßnahmen** zu vereinbaren, um bei der Umstellung auf eine nachhaltige Gesellschaft eine **wirksamere**

Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen und auf globaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene eigenverantwortliches Handeln zu erreichen. Es müssen die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen, für Dialog sowie für demokratische Teilhabe und Kontrolle geschaffen werden. Wir plädieren dafür, bei der Förderung der zivilgesellschaftlichen Debatte Multistakeholderforen wie Wirtschafts- und Sozialräte oder nationale Räte für Nachhaltige Entwicklung zum Vorbild zu nehmen. Auch tun mehr Sensibilisierungskampagnen und Programme für Erziehung zu nachhaltiger Entwicklung Not;

15. ermutigen die Zivilgesellschaft weltweit, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Ergebnisse von Rio+20 den zu bewältigenden Herausforderungen angemessen sind. **Die Zivilgesellschaft muss globale Verantwortung übernehmen!**
 16. begrüßen den vom UNCSD-Vorbereitungskomitee vorgelegten **Nullentwurf** als gute Verhandlungsgrundlage, sind jedoch der Meinung, dass der Nullentwurf immer noch weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt;
 17. erwarten, dass die europäischen Regierungschefs ihrer Verantwortung gerecht werden und sich in die Rio+20-Konferenz einbringen. Wir rufen die EU-Verhandlungsführer auf, sich bei der Formulierung des Abschlussdokuments für ehrgeizigere Ziele, Fristen, Finanzierung, rechtliche Verpflichtungen und Umsetzungsmodalitäten einzusetzen, und betonen die Notwendigkeit, nach der Rio+20-Konferenz die übergreifende EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu überprüfen und mit neuer Dynamik zu erfüllen.
-